

Landtagsinfo vom 15.05.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

heute erhaltet Ihr wieder den Landtags-Newsletter von Uli. Heute mit folgendem Inhalt:

- Aus aktuellem Anlass: - Landtag darf nicht für Europa angestrahlt werden (Eine Glosse aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. Mai 2019):
- Wohnraumoffensive und Landesbauordnung (LBO)
- Artensterben schreitet immer schneller voran
- Der Ausstoß von CO2 muss endlich besteuert werden/Wir fordern eine Abgabe auf den Ausstoß von CO2
- Fake News im Zuge der Europa- und Kommunalwahl

Euer Newsletter-Team

Aus der Landespolitik

Aus aktuellem Anlass: - Landtag darf nicht für Europa angestrahlt werden

(Eine Glosse aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. Mai 2019):

„Der goldgelbe Schriftzug wäre in der Dunkelheit sehr eindrucksvoll anzusehen gewesen. „Deine Stimme zählt.“ Dieser Wahlappell sollte sich über die ganze Breite der Glasfassade des Landtagsgebäudes ziehen – für vom Schlossplatz kommende Flaneure ein unübersehbarer Hinweis auf den 26. Mai. An diesem Tag werden in Baden-Württemberg die Kommunalparlamente neu gewählt. Es ist auch der Tag der Europawahl, von der es heißt, sie sei so wichtig, weil die Einheit, Stabilität und Handlungsfähigkeit des Kontinents auf dem Spiel stünden. Bei Tageslicht hätte sich das Goldgelb in ein silbriges Weiß verwandelt, ein echter Hingucker in der baustellengeplagten und abgasdurchwirkten Stuttgarter Innenstadt. Wäre, hätte, sollte – es bleibt beim Konjunktiv. Die von Parlamentspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) ersonnene Wahlpromotion scheidet koalitionsintern am Widerstand der CDU. **Dabei hält es Grünen-Fraktionsvize Hans-Ulrich Sckerl** für eine „gute Idee, Europa mit einem Lichtspektakel in Szene zu setzen – und damit buchstäblich ein starkes Signal zu senden: Leute, geht wählen!“ Auch SPD-Fraktionschef Andreas Stoch könnte sich eine Lichtinstallation vorstellen. Doch CDU-Fraktionsvize Winfried Mack sieht die Sache puristisch: „Mir geht es darum, die Symbole des Staats neutral zu

halten.“ Die Frage sei: „Was kommt als Nächstes?“ Der Landtag solle für sich stehen und auf alle Werbung für anderes verzichten. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagt: „Das Parlament ist keine Litfaßsäule.“ Oder sollte womöglich verhindert werden, dass Landtagspräsidentin Aras mit einer flotten Idee einmal mehr Aufmerksamkeit aufs Parlament und damit auch auf sich ziehen würde? Die AfD wöhnt das. Deren Abgeordneter Rüdiger Klos bekundet, „einer politisch neutralen Illuminierung des Landtags vor der Europawahl“ durchaus zustimmen zu können. Andererseits sei eine „politische Selbstdarstellung“ der Präsidentin „unter Verletzung ihrer Neutralitätspflicht“ zu befürchten. Aras jedenfalls wollte die Aktion ohne interfraktionellen Rückhalt nicht durchziehen. Sie wirbt jetzt über Social-Media-Kanäle fürs Wählgelängehen“.

Wohnraumoffensive und Landesbauordnung (LBO)

Nach langen Verhandlungen ist der GRÜN-Schwarzen Landesregierung eine Einigung bei den Kommunalfonds Wohnraumoffensive Baden-Württemberg und der Novelle der Landesbauordnung (LBO) gelungen. Dies ist ein enorm wichtiger Schritt in Zeiten von anhaltend steigenden Preisen für Mieten und Erwerb von Wohneigentum. Für immer mehr Menschen droht bezahlbarer Wohnraum außer Reichweite zu geraten, der gesellschaftliche Frieden ist dadurch bedroht. Aus der Sicht der grünen Landtagsfraktion sind das die wichtigsten Eckpunkte der Einigung:

Erstens wird eine neue Förderlinie für Kommunen mit erhöhter Förderung im Rahmen des Wohnraumförderprogramms aufgelegt. So wollen wir zu mehr kommunalen Wohnungsbeständen im unteren und mittleren Preissegment kommen.

Zweitens wird ein neues Kompetenzzentrum voraussichtlich bei der Landsiedlung angedockt, das als einheitlicher Ansprechpartner eine Lotsenfunktion für alle Planungs-, Bau-, Flächen- und Wohnbelange einnimmt. Es soll als Berater bei allen mit dem Bauen zusammenhängender Fragen zur Verfügung stehen sowie als Innovationslabor Modellprojekte und Wettbewerbe initiieren und begleiten.

Drittens wird ein Grundstücksfonds eingerichtet, der finanzschwache oder durch die Rechtsaufsicht am Erwerb von Grundstücken gehinderte Kommunen unterstützt – angelehnt an unsere Vorstellungen in den Fraktions- und Parteibeschlüssen. Mit Konzept-Vorgaben z.B. zur Mindestdichte der Bebauung soll sichergestellt werden, dass der so entstehende Wohnraum bezahlbar und ökologisch verträglich ist.

Bei den Streitfragen Fahrradabstellplätze und Ladestationen sollen in Zukunft künftig die unteren Baurechtsbehörden über die Anzahl der bei Neubauten vorzusehenden Fahrradabstellplätze entscheiden. „Denn Fahrradfahren und Elektromobilität werden immer mehr an Bedeutung gewinnen“, so unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/einigung-bei-wohnraumoffensive-und-landesbauordnung/>

Artensterben schreitet immer schneller voran

Das menschliche Handeln gefährdet immer stärker die Umwelt, Natur und Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt. Deshalb rief der Weltbiodiversitätsrat IPBES am 6. Mai Alarmstufe Rot aus. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Artenvielfalt weltweit dramatisch abnimmt. Etwa eine Million der derzeit bekannten rund 8 Millionen Arten an Tieren und Pflanzen ist im Laufe der nächsten Jahrzehnte vom Aussterben bedroht. Wir Mensch müssen unsere Lebensweise nach Ansicht der Wissenschaftler*innen gravierend ändern. Die Natur befinde sich nach Aussage des IPBES in einem beispiellosen Niedergang; das Artensterben beschleunige sich. Am Ende dieser Entwicklung sei dann auch die Existenz der Menschen bedroht. Die Hauptgründe hierfür seien die intensive Landwirtschaft, das Wachstum der Städte sowie der Klimawandel. Es ist wie auch beim Klimawandel höchste Zeit für schnell wirksame Gegenmaßnahmen. Dies ist eine der Hauptaufgaben der Grünen Politik in den nächsten Jahren. Unsere Landtagsfraktion macht sich weiterhin für Maßnahmen gegen das Artensterben stark. Es gibt keinen vernünftigen, wissenschaftlich begründbaren Zweifel an dieser erschreckenden Entwicklung. Es gilt diese dringende Aufgabe anzugehen und nicht zu leugnen. Wer das Artensterben und den Klimawandel leugnet sich in das politische Abseits. Der IPBES Bericht zeigt aber auch Gegenmaßnahmen. So seien zum Beispiel Schutzgebiete wirksam. Ich werde mich für deren Ausweitung und Vernetzung einsetzen. Der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord ist einer der größten Naturparke in Deutschland und eine Landschaft voller Leben. Ein gelungenes Beispiel GRÜNER Landespolitik. Zudem müssten schädliche Subventionen in der Landwirtschaft gestrichen und das Fördersystem in der EU reformiert werden.

Der Weltbiodiversitätsrat IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) ist ein zwischenstaatliches Gremium mit der Aufgabe der wissenschaftlichen Politikberatung zum Thema biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen. IPBES wurde 2012 gegründet. Der Sitz des Sekretariats befindet sich in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn. Aktuell sind 132 Staaten (inklusive der Bundesrepublik Deutschland) Mitglied von IPBES. An dieser Studie hat auch Almut Arneht vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als eine der Koordinierenden Leitautorinnen für das Kapitel „zukünftige Szenarien“ mitgearbeitet. Ihrer Aussage kann ich mich vorbehaltlos anschließen: „Besonders wichtig erscheint mir jedoch, dass die Menschen endlich verstehen, dass die Ressourcen wirklich begrenzt sind.“

<https://www.bmu.de/themen/natur-biologische-vielfalt-arten/naturschutz-biologische-vielfalt/biologische-vielfalt-international/weltbiodiversitaetsrat-ipbes/>

Der Ausstoß von CO2 muss endlich besteuert

Wir Grüne fordern eine schnelle Einführung der CO₂-Abgabe, weil sie es attraktiv macht, Energie zu sparen und auf klimafreundliche Energieträger umzusteigen. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Sie haben ein Recht auf

werden

Wir fordern eine Abgabe auf den Ausstoß von CO2

einen lebenswerten Planeten. Die Zeit drängt – der Klimawandel wartet nicht. Denkbar sind für uns unterschiedliche Varianten, die sich am Treibhausgasausstoß oder an der Nutzung von Ressourcen orientieren. Beides würde sicherstellen, dass der Preis eines Produkts die wahren Kosten widerspiegelt, die seine Produktion verursacht – also einschließlich der Schädigung von Umwelt und Klima. Wichtig für uns Grüne ist dabei, dass die CO2-Bepreisung aufkommensneutral gestaltet wird. Der Staat muss das Geld, das er einnimmt, vollständig und transparent für einen wirksamen Klimaschutz verwenden, der allen zu Gute kommt: also etwa für mehr Busse und Bahnen, für Wärmedämmung oder als Hilfe für Menschen mit schmalen Geldbeutel, die sich eine moderne, saubere Heizung sonst nicht leisten könnten. Dass das funktioniert, zeigten Länder wie die Schweiz.

Ich freue mich, dass prominente Wirtschaftsvertreter aus Baden-Württemberg die Einführung eines CO2-Mindestpreises fordern, wie etwa EnBW-Chef Frank Mastiaux. Auch aus den Reihen der CDU sind endlich Stimmen der Vernunft zu hören. So ist inzwischen etwa Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther von der Lenkungswirkung der CO2-Bepreisung überzeugt, Wirtschaftsminister Peter Altmaier zeigt sich aufgeschlossen.

Wie auch immer das Preissignal im Detail aussehen wird – wesentlich ist, dass die CO2-Abgabe sektorenübergreifend bessere Anreize für das Reduzieren des schädlichen Treibhausgasausstoßes schafft. Die Abgabe bittet diejenigen zur Kasse, die das Klima stark belasten. Somit fördert die CO2-Abgabe saubere Zukunftstechnologien, mit denen wir in Baden-Württemberg und darüber hinaus die Energiewende schaffen können.

Fake News im Zuge der Europa- und Kommunalwahl

Vielleicht haben es einige von euch bereits mitbekommen. Im Vorfeld der Kommunalwahl kam es in Weinheim zu feigen Zerstörungsaktionen, die GAL hatte bereits zum zweiten Mal massive Zerstörung ihrer Wahlplakate zu beklagen. Mehr als 13 grüne Wahlplakate und –Ständer waren davon betroffen. Auch Plakate anderer Parteien – etwa der CDU und „der Linken“ wurden aus den Halterungen gerissen. Teilweise wurden die Wahlplakate mit einem Flugblatt der ultrarechten „Deutschen Konservativen“ überklebt. Dieses Pamphlet enthält aus dem Zusammenhang gerissene sowie schlichtweg falsche Zitate GRÜNER Politikerinnen und Politiker. Wer – online sowie offline – mit verdächtigen Aussagen in Berührung kommt und diese auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüfen möchte, kann dies unter <https://correctiv.org/faktencheck/politik/> tun. Ein Team engagierter Journalistinnen und Journalisten stellt hier aus der Flut der Fake News einige prominente Beispiele inklusive Richtigstellung zusammen. Zum Beispiel gefälschte Wahlplakate der GRÜNEN im bayrischen Donauwörth, die von Rechtsextremen und Rechtspopulisten fleißig im Internet verbreitet werden.

www.uli-sckerl.de